

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 7

Artikel: Eckwerte für den Frieden in Europa
Autor: Steinacher, Jürg L.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093105>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eckwerte für den Frieden in Europa

Die Sicherheitspolitik Europas ist längst zur Sicherheitspolitik der nördlichen Hemisphäre geworden. Sie umfasst das Gebiet von Vancouver bis Wladiwostok. Damit ist jene Ausdehnung umschrieben, die alle 35 alten und 16 neuen KSZE-Staaten umfasst. Die KSZE stellte über Jahre hinweg den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen Ost und West dar und galt dadurch vielen Politikern als die umfassendste friedensstiftende Institution Europas.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die transnationalen europäischen Organisationen wie z. B. die KSZE bedingt durch die neuen Rahmenbedingungen einen wichtigen Anpassungsprozess durchlaufen. Im wesentlichen lief der darauf hinaus, dass der Aufbau stabilisierender und kriegsverhütender Funktionen, die in den letzten Jahrzehnten entwickelt worden waren, in die Förderung von erweiterten Strukturen und Beziehungsgeflechten übergeleitet wird. Damit soll gesamt-europäische Sicherheit und Zusammenarbeit zum Nutzen aller erzielt werden.

Die KSZE hat Stärken ...

Tatsächlich darf pauschal festgestellt werden, dass für diese multinationalen Organisationen ein gemeinsames Ziel auszumachen ist: das friedliche Zusammenleben der Menschen und Staaten Europas bzw. der nördlichen Halbkugel. Gleichzeitig muss aber auch festgehalten werden, dass dazu unterschiedliche Voraussetzungen und Möglichkeiten gegeben sind. Das lässt sich am besten am Beispiel der KSZE darstellen: Sie umfasst alle europäischen und nordamerikanischen Staaten, ist aber organisatorisch und materiell schwach.

Seit ihrer Gründung 1975 hatte sie immer die äussere Form von diplomatischen Haupt- und Expertenkonferenzen. Damit ist gesagt, dass sie bis jetzt im wesentlichen als ein Gremium von Regierungsbeamten bestand, das institutionell lediglich durch das Konferenzsekretariat abgestützt war. Viele Beobachter sahen gerade in dieser Konstruktion, bei der Beschlüsse nur durch Einstimmigkeit aller Mitgliedstaaten erzielt werden konnten, die grosse Stärke der KSZE.

Unbestritten hat deren Arbeit im Bereich der Menschenrechte, bei der sich die Schweizer Diplomatie besonders engagiert und ausgezeichnete, ganz wesentlich zum Wandel in Osteuropa beigetragen. Ebenso unbestritten ist es, dass die Vorarbeiten bei den vertrauensbildenden Massnahmen der KSZE im militärischen Bereich den wichtigen Durchbruch an der Abrüstungsfront bei den konventionellen Waffen brachten (Verhandlungen über gegenseitigen Waffen-, Geräte- und Truppenabbau der konventionellen Streitkräfte von Nato und Warschauer Pakt/VKSE).

... und Schwächen

Ebenso unbestritten ist es aber auch, dass die KSZE den Erb- und Altlasten der kommunistischen Regierungen (Umweltschutz, wirtschaftliches Fiasko, Nationalitäten- und Minderheitenkonflikte) ziemlich hilflos gegenübersteht. Sie ist vorläufig weder organisatorisch noch materiell in der Lage, sich dieser Fragen operativ anzunehmen. Mit der Gründung von ständigen Büros in Warschau (Zentrum zur Beobachtung freier Wahlen), Wien (Konfliktverhütungszentrum) und Prag (ständiges Sekretariat der KSZE) wurde eigentlich erst signalisiert, dass dieses Problem erkannt wurde. Gespannt darf man sein, ob der Schweizer Vorstoss für ein permanentes Exekutivkomitee erfolgreich ist. Daran wird sich ablesen lassen, ob die KSZE-Staaten bereit sind, den KSZE-Prozess aus seiner «normativen» Phase in eine des «Friedensmanagements» überzuleiten.

Dazu wäre es unerlässlich, dass die KSZE breiter abgestützt wird. Das betrifft vor allem die parlamentarische Basis. In diesem Sinne wird in den kommenden Wochen ein KSZE-Parlament gegründet, dessen ständiges Sekretariat voraussichtlich in Budapest sein wird.

Europarat: Ruhe nach aktivem Brückenschlag

Während sich die KSZE gegenwärtig in einer eigentlichen Metamorphose befindet, nach der sie sich einer breitabgesteckten Tätigkeit in den Bereichen Menschenrechte/Konflikte/Wirtschaft (Umweltschutz)

zuwenden soll, scheint der Europarat gegenwärtig in einer gewissen Stagnationsphase zu verharren. Nach seinem dynamischen Brückenschlag ab 1988, als die Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten (KNM) unter dem Einfluss von Dr. Peter Sager die bilateralen Kontakte mit osteuropäischen Staaten bis hin zur Verleihung des Sondergästestatus (1990/91) forcierte, wurde es um die Europaratsaktivitäten ruhiger.

Im Gegensatz zur KSZE verfügt der Europarat über eine gut funktionierende Parlamentsstruktur und im Bereich der Menschenrechte über ein Instrumentarium von Konventionen, die völkerrechtlich bindend sind. Ausserdem existiert im Strassburger Gerichtshof für Menschenrechte eine richterliche Instanz, die Konventionsverletzungen feststellt und bei den Staaten anmahnt. Dennoch gelang es vorläufig nicht, diese guten Voraussetzungen verstärkt gesamt-europäisch zur Geltung zu bringen. Einer der Hauptgründe dafür ist wohl darin zu sehen, dass der Versuch gescheitert ist, die USA in geeigneter Masse in den Europarat und dessen Aktivität einzubinden.

Exklusive Clubs: Nato ...

Und damit ist ein Handicap angesprochen, an dem auch andere friedensfördernde Organisationen kranken. Zum Beispiel die Nato, der nur ein Teil der westeuropäischen Staaten angehört. Die begrüssenswerte Absicht, verstärkt die diplomatisch-politischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen der Nato zum Tragen zu bringen, kompliziert sich durch den Umstand, dass jetzt eine Mehrheit aller gesamteuropäischen Staaten keine Vollmitgliedschaft besitzt. Und in einer weiteren speziellen Konstellation laufen die friedenssichernden Abrüstungsschritte zwischen Nato und den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes im Rahmen der erwählten VKSE ab. Da sind die Neutralen und (das ehemalige) Jugoslawien auf reine Beobachterpositionen verwiesen.

... und EG sind nicht voll handlungsfähig

Auch die EG ist — ähnlich wie die Nato — in der Lage, aus einer Position der Stärke

heraus eine gesamteuropäische Friedenspolitik zu entfalten. Aber wie die Nato stellt auch die EG gewissermassen einen exklusiven Club dar, was die Handlungsfähigkeit einschränkt. Ausserdem ist sie im Hinblick auf den Binnenmarkt 1993 und auf die politische Einigung inneren Belastungen ausgesetzt. Zu bedenken ist auch, dass in der Europäischen Gemeinschaft bislang die wirtschaftlichen Themen im Vordergrund standen und nicht die Formulierung und Verwirklichung einer kohärenten Sicherheitspolitik bzw. Aussenpolitik. Das mag wenigstens zum Teil das enttäuschende Versagen der EG-Politik angesichts der jugoslawischen Tragödie erklären helfen.

Sicherheit erhöhen, Frieden sichern

KSZE, EG, Europarat und Nato (die Möglichkeit der teileuropäischen Militärallianz WEU sei zur Vervollständigung ebenfalls erwähnt) stellen wichtige Eckwerte für die Strukturen dar, die die Sicherheit in Europa erhöhen und ein friedliches Zusammen-

leben garantieren sollen. Sie alle sind mit Vorzügen und Mängeln ausgestattet, auf die wir an dieser Stelle nur andeutungsweise eingehen konnten. Allerdings lässt sich schon aufgrund dieser Bestandesaufnahme erkennen, dass sich die verschiedenen Strukturen zu einem sinnvollen Ganzen zusammenführen liessen. Die zentralen Handlungsstränge der Wirtschaftspolitik (Europäische Gemeinschaft), der Sicherheitspolitik (Nato/WEU) und der Verwirklichung von Menschenrechten und Demokratie (Europarat) könnten durch die KSZE überdacht werden. In eine derartige Vision würde auch der Vorschlag des bekannten Politologen Ralf Dahrendorf passen, der als mögliches Fernziel eine europäische Verfassung für die KSZE empfahl.

Keine Alternative zu militärischer Sicherung des Friedens

Der weitere Ausbau des hier skizzierten Beziehungsgeflechtes muss allerdings «erdauert» werden und nimmt womöglich Jahrzehnte in Anspruch. Schon jetzt zeigt

es sich, dass trotz — oder wegen? — der rasanten Abläufe historischer Entwicklungen die KSZE, die EG, die Nato und der Europarat sich mit einer gewissen Trägheit auf die grosse Wende eingestellt haben. Am besten — das darf ruhig hervorgehoben werden — haben die Politiker und Militärs der Nato die neue Lage adaptiert. Das hat — über den hohen professionellen Grad dieser Organisation hinaus — zweifellos seinen Grund darin, dass die Allianz am besten darauf trainiert ist, Konfliktpotentiale zu erkennen und zu analysieren.

Das Gefahrenpotential hat sich mit der Wende und durch den Zusammenbruch des Sowjetimperiums sprunghaft erhöht. Nationalitätenfrage, Minderheitenkonflikte, Umweltkatastrophen, soziale Konflikte, zerrüttete Gesellschaft und Fundamentalismus sind Stichworte dazu. Besonders risikoreich sind ausserdem die Proliferation von Kernwaffen an Drittländer, erkennbare Ansätze zur atomaren Anarchie also, die sich die zahlreichen Kandidaten in den Krisenzonen und im Nahen Osten eifrig zunutze machen. Im Vergleich zu alledem nehmen sich — so der Sicherheitspezialist der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» — «die über vierzig Jahre durchgespielten Krisen- und Kriegsszenarien der Gegner im kalten Krieg wie Kinderspiele aus».

Vor diesem Hintergrund kann es eigentlich nur zwei friedenspolitische Konsequenzen geben: Die politischen Sicherheitsstrukturen durch KSZE, Europarat, EG und Nato sind möglichst rasch und möglichst engmaschig auszubauen. Gleichzeitig muss die militärische Sicherung dieser Strukturen sowohl durch die Nato (und allenfalls die WEU) wie auch durch die nationalen Armeen gewährleistet sein. Eine Alternative zu dieser europäischen Antwort auf die potentiellen äusseren oder inneren Bedrohungen Europas gibt es nicht. ■

Fernziel: Pax civilitatis

Sir Karl Raimund Popper gewährte dem deutschen Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» (Nr. 13/92) ein Interview, in dem er sich speziell auch zur Friedenssicherung in Europa äusserte. Popper ist der bedeutendste Wissenschaftsphilosoph dieses Jahrhunderts. Sein Hauptwerk «Die offene Gesellschaft und ihre Feinde» erschien 1945.

Auf die Frage, wie auf die «vagabundierenden Atomwaffen» und die Nationalitätenkonflikte zu reagieren sei, antwortete der bald 90jährige Popper u. a.: «Wir dürfen hier nicht davor zurückschrecken, für den Frieden Krieg zu führen. Das ist unter den gegenwärtigen Umständen unvermeidbar. Es ist traurig, aber wir müssen es tun,

wenn wir unsere Welt retten wollen. Die Entschlossenheit ist hier von entscheidender Bedeutung . . . Es gibt nichts Wichtigeres, als die Verbreitung dieser Wahnsinnsbomben (Atombomben) zu verhindern, die schon am schwarzen Markt gehandelt werden . . . Im überholten Sinne pazifistisch vorzugehen wäre Unsinn. Wir müssen vielmehr für den Frieden Krieg führen . . . »

Auf den Vorwurf der «Spiegel»-Interviewer, dass er wie die Pentagon-Generäle argumentiere, betonte Popper, dass es für alle notwendig sei, an der gegenwärtigen «Pax americana» mitzuarbeiten, damit daraus eine «Pax civilitatis» werde.